

Fraktiondirekt

Das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juli 2024

"Homeoffice allein reicht nicht"

Interview mit Petra Nicolaisen über das Leben auf dem Land

Union hat das Urheberrecht

Gastbeitrag von Tino Sorge über 30 Jahre Pflegeversicherung

CDU  CSU

- 3**
Zu Beginn
Thorsten Frei
- 4**
Im Gespräch
Interview mit Petra Nicolaisen über gleichwertige Lebensbedingungen für Stadt und Land
- 6**
Gastbeitrag
Tino Sorge über 30 Jahre Pflegeversicherung

- 8**
Im Fokus
Das Ampelmännchen am Tropf
- 10**
Im Fokus
Jahr der Jubiläen: 75 Jahre Bundestag – 75 Jahre CDU/CSU-Fraktion
- 12**
Im Bücherregal
Was wir lesen...

- 14**
Im Blick
Die Fraktion in Bildern
- 16**
Zu guter Letzt
Tweet zur Enquete-Kommission

4

"Homeoffice allein reicht nicht"

Interview mit Petra Nicolaisen über das Leben auf dem Land



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

6

Union hat das Urheberrecht

Tino Sorge über 30 Jahre Pflegeversicherung



© Tobias Koch

8

Das Ampelmännchen am Tropf

Union fordert Wirtschaftswende gegen Wachstumskrise



© Björn Pirabaty

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das politische Berlin geht in die Sommerpause. Am Urlaubsort, in der Entspannung weitet sich oft der Blick. Aus der Ferne sieht man besser das große Ganze. Und so stellt sich manch einer die Frage: Wo steht Deutschland ein Jahr vor der Bundestagswahl? Wie stellen wir uns den multiplen Krisen der Gegenwart?

Ich hoffe, dass Ihnen die Lektüre von „Fraktion direkt“ dabei hilft, diesen Überblick zu gewinnen. Im Interview berichtet Petra Nicolaisen aus der beschaulichen „Provinz“. Sie geht der Frage nach, wie wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land schaffen können – etwas, das die Ampel-Regierung leider versäumt. In vielen ihrer Entscheidungen zeigt sich, wie weit die Politiker von SPD, Grünen und FDP sich von der Lebenswirklichkeit der Menschen jenseits der urbanen Räume, der Menschen in kleineren Städten und Gemeinden, entfernt haben.

Schauen wir auf unsere alternde Gesellschaft, so wird deutlich, dass es in Sachen Pflege nicht weitergehen kann wie bisher. Dringend nötig ist eine umfassende Reform der Pflegeversicherung, die – von Norbert Blüm seinerzeit erfunden – bald 30 Jahre alt wird. Die Regierung weiß jedoch nicht, wie sie damit umgehen soll, dass die Babyboomer vor der Rente stehen und möglicherweise pflegebedürftig werden. Stattdessen schiebt sie die Reform vor sich her, wie Sie im Gastbeitrag von Tino Sorge zur Pflegeversicherung lesen können. Auch die schwächelnde Wirtschaft vernachlässigt die Ampel sträflich. Die CDU/CSU-Fraktion indes hat eine Reihe von Ideen, wie Deutschland wieder wettbewerbsfähig werden kann. Auch dazu finden Sie einen Beitrag im Heft.

Es ist unsere Pflicht als Oppositionspartei, Missstände zu benennen und Lösungen aufzuzeigen. Was nicht heißt, dass wir immer nur schwarzmalen. Wir freuen uns über das, was gelingt, und wir erkennen an, was seit Gründung der Bundesrepublik 1949 politisch geleistet wurde. Mit unserem Festakt zum 75-jährigen Bestehen von Bundestag und Fraktion im September senden wir ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass sie trotz der gegenwärtigen Krisen mit gesundem Selbstbewusstsein und Zuversicht nach vorn blicken können.

Deutschland besitzt das Potenzial, auch künftig im Wirtschaftsleben, in der Forschung oder in der Kultur in der ersten Reihe mitzuspielen. Es liegt an uns, gemeinsam die Kräfte zu entfesseln, um die Zukunft zu gewinnen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerzeit!

Ihr

Thorsten Frei
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



© Tobias Koch

"Homeoffice allein reicht nicht"

Petra Nicolaisen über gute Bedingungen für das Leben auf dem Land – Großstadt und Dorf sind gleichwertig

Von über 80 Millionen Menschen in Deutschland leben 77 Prozent in Städten – davon aber nur der geringere Teil in urbanen Ballungsräumen, die Mehrheit hingegen in kleinen und mittleren Städten in ländlicher Umgebung. Über gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land sprechen wir mit der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Petra Nicolaisen.

Frau Nicolaisen, Sie haben das Amt im Januar angetreten. Welche Ziele haben Sie sich ganz persönlich gesetzt?

Nicolaisen: Mir sind solide Kommunal Finanzen natürlich sehr wichtig, aber ich möchte mich insbesondere um die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse kümmern. Hier hat die Ampel-Koalition einen blinden Fleck. Sie trifft ihre Entscheidungen zu oft aus der großstädtischen Perspektive, was die Landflucht befeuert. Je mehr Menschen in die Städte ziehen, desto unattraktiver wird allerdings der ländliche Raum, desto angespannter wird die Lage in den städtischen Ballungszentren. Auf beiden Seiten verschärft sich die Situation – ein Teufelskreis.

Stadt und Land – das sind völlig unterschiedliche Lebensrealitäten. Wo sehen Sie Vorteile, wo Nachteile?

Nicolaisen: In Groß- und Mittelstädten hat man vieles, was man täglich braucht, vor der Haustür oder zumindest um die Ecke. Es gibt jede Menge Geschäfte und Gaststätten, Ärzte und Apotheken, KITAS und Schulen, Kinos und Theater. Man kommt leicht ohne eigenes Auto zurecht, weil auch der Nahverkehr gut ausgebaut ist. Nachteile sind eine höhere Lärmbelastung, räumliche Enge und mitunter dicke Luft.

Auf dem Land ist es im Grunde andersherum: Man hat viel Ruhe, Platz und gute Landluft, muss aber weite Wege zum Einkaufen, zum Arzt oder zur Apotheke, zum Kindergarten oder zur Schule in Kauf nehmen. Will man Kultur erleben, muss man in die nächste Stadt fahren. Weil aber der Bus nur selten fährt, läuft kaum etwas ohne den eigenen PKW.

»Wir dürfen den Individualverkehr nicht verteufeln«

Letztendlich muss jeder für sich entscheiden, was er lieber mag. Und die Politik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass jeder mit seiner Entscheidung auch gut leben kann. Wer – wie die Ampel-Koalition – einseitig auf Urbanisierung setzt, vernachlässigt gleichwertige Lebensverhältnisse sträflich.

Die Unionsfraktion setzt sich seit jeher für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein. Was brauchen die ländlichen Räume am dringendsten, damit die Menschen nicht abwandern?

Nicolaisen: Wenn wir das Leben auf dem Land attraktiv machen wollen, können wir uns nicht einfach hinstellen und den Leuten sagen: Kommt her und macht von hier aus Homeoffice! Allein schon dafür ist die Voraussetzung ein flächendeckender Glasfaserausbau. Zudem braucht es einen guten öffentlichen Nahverkehr, eine ausreichende medizinische Versorgung, Bildungsangebote und kulturelle Vielfalt – kurzum: eine kommunale Infrastruktur.

Aber es geht noch weiter. Wir müssen Familien finanziell fördern, damit sie sich ein Eigenheim auf dem Land leisten können. Für die Kinder dieser Familien müssen wir die sogenannten Zwergschulen erhalten, welche die Landesrechnungshöfe gerne als unrentabel kritisieren.

Wir dürfen auch den motorisierten Individualverkehr nicht verteufeln. Die Leute brauchen ihr Auto. Sie werden aber verunsichert, wenn sie von Forderungen nach einer Einschränkung des Individualverkehrs und der Abschaffung der Pendlerpauschale hören. Solche Diskussionen schrecken auch diejenigen ab, die sich vorstellen könnten, aufs Land zu ziehen.

Grundsätzlich brauchen wir ein ganz anderes Mindset: Wir müssen zeigen, dass wir das Leben auf dem Land nicht nur dulden, sondern aktiv unterstützen.

Was kann die Digitalisierung dazu beitragen, die ländlichen Räume attraktiv zu halten?

Nicolaisen: Digitalisierung ist Voraussetzung dafür, dass man auf dem Land leben und von zu Hause aus arbeiten kann. Ohne Digitalisierung und Homeoffice ist das Wohnen



Petra Nicolaisen Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

auf dem Land häufig aufwändig und belastend, weil man zwar schön wohnt, aber täglich zur Arbeit in die Stadt pendeln muss. Das möchte sich nicht jeder antun.

Wie kann man die Mobilität im ländlichen Raum verbessern?

Nicolaisen: Wir brauchen als erstes eine Mobilitätspolitik, die nicht aus der großstädtischen Blase auf das Leben im ländlichen Raum blickt. Die Lebenswirklichkeit ist in Nordfriesland oder der Lüneburger Heide eine andere als in Berlin, München oder Hamburg.

Das bedeutet, dass wir für die ländlichen Räume mehr als nur den klassischen Personennahverkehr oder Sharing-Angebote brauchen. Die Dörfer müssen über regelmäßige Verkehrsangebote, über flexible Rufbusse oder vereinsgetragene Bürgerbusse an die Städte angebunden werden.

Die Reaktivierung von Bahnstrecken ist ebenfalls gut, macht aber nur Sinn, wenn die Bahnhöfe gut erreichbar sind. Wenn man erst unter großem Aufwand mit dem Bus zu einem entfernt liegenden Bahnhof fahren muss und dabei jede Menge Zeit verliert, ist das Murks.

Schauen wir uns ein Themenfeld gesondert an. Stichwort Migration: Wie kann man den Kommunen am wirksamsten helfen?

Nicolaisen: Die Kommunen arbeiten bei der Bewältigung der Migration am Anschlag. Sie brauchen im Grunde eine Belastungspause, um endlich wieder Boden unter die Füße zu bekommen.

Dafür muss der Zuzug nach Deutschland drastisch reduziert werden. Denn nur dann gäbe es weniger Migranten auf die Kommunen zu verteilen. Viel geholfen wäre außerdem, wenn nur noch diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, auf die Kommunen verteilt werden. Das bedeutet natürlich, dass die Asylverfahren ausschließlich in Erstaufnahmeeinrichtungen abgewickelt und abgelehnte Antragsteller konsequent zurückgeführt werden.

In der konkreten Situation brauchen die Kommunen Verlässlichkeit bei der Finanzierung ihrer Aufgaben. Sie brauchen Hilfe bei der Unterbringung der Migranten und bei der Bereitstellung von Betreuungsangeboten. Die Hilfe, die der Bund bislang bereitgestellt hat, reicht nicht ansatzweise aus – und sie bleibt weit hinter dem zurück, was die unionsgeführte Bundesregierung nach 2015 bereitgestellt hatte.

30 Jahre Pflegeversicherung

Union hat das Urheberrecht

Herausforderung Demografie – Vorsorge für eine alternde Gesellschaft

Von Tino Sorge

Norbert Blüm hat rechtzeitig erkannt, was auf die alternde Gesellschaft der Bundesrepublik zukommt: „Wir brauchen eine anständige Antwort auf das Thema Pflege“, stellte der Arbeits- und Sozialminister 1993 fest. Trotz aller Widerstände zur damaligen Zeit: Blüm gelang es, sich mit seinem Projekt durchzusetzen. Wenig später, am 1. Januar 1995, wurde die Pflegeversicherung eingeführt.

Vor der Einführung der Pflegeversicherung vor bald 30 Jahren waren die mit einer Pflegebedürftigkeit verbundenen finanziellen Belastungen ein rein privates Risiko. Wer zum Pflegefall wurde, musste alles Nötige aus eigener Tasche bezahlen: die Pflegekraft, die Hilfsmittel, gegebenenfalls den Aufenthalt in einem Heim. Reichte das Geld dafür nicht aus, rutschte derjenige zwangsläufig in die Sozialhilfe.

Nun gab es neben der Kranken-, der Renten-, der Arbeitslosen- und der Unfallversicherung eine fünfte Sozialversicherung – wenn gleich als Teilkasko. Das bedeutet: Die Pflegeversicherung sichert das Risiko zwar nicht zu hundert Prozent ab, sorgt aber dafür, dass viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen spürbar entlastet werden. Mittlerweile ist diese Leistung zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Ein Sozialsystem ohne Pflegeversicherung wäre heute für die meisten Deutschen nicht mehr vorstellbar.

Die Pflegeversicherung ist aber kein starres Konstrukt, sondern orientiert sich an den Herausforderungen ihrer Zeit. So muss sie immer wieder neu an die demografische Entwicklung oder den medizinischen Fortschritt angepasst werden. Auch hier waren es Gesundheitsminister der Union, die in den vergangenen 30 Jahren mit ihren Ideen für weitreichende Reformen gesorgt haben.

Hermann Gröhe etwa holte als Gesundheitsminister zwischen 2014 und 2017 lange aufgeschobene Leistungssteigerungen nach. Vor allem aber definierte er die Pflegebedürftigkeit neu. Seither werden auch an Demenz Erkrankte von der Versicherung unterstützt. Gröhe setzte auch eine Idee des damaligen gesundheitspolitischen

Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Jens Spahn, um und errichtete einen Pflegevorsorgefonds, um Mittel für die Zeit anzusparen, in der die Babyboomer alt und möglicherweise pflegebedürftig werden.

Jens Spahn kümmerte sich in seiner Amtszeit als Gesundheitsminister von 2018 bis 2021 darum, dass Menschen, die in Pflegeheimen untergebracht werden müssen, nicht finanziell überfordert werden. Er dämpfte die Höhe der Eigenanteile bei der Finanzierung des Heimplatzes. Nun gilt: Je länger jemand im Pflegeheim lebt, desto mehr Kostenanteile übernimmt die Pflegeversicherung.

Und heute? Alles im grünen Bereich? Leider nein: Trotz aller bisherigen kostendämpfenden Maßnahmen wird die Pflege teurer. Was daran liegt, dass die Bevölkerung in unserem Land älter wird und die Anzahl der Pflegebedürftigen wächst. Haben im Jahr 1995 noch 1,06 Millionen Menschen Leistungen der sozialen Pflegeversicherung erhalten, waren es 2022 bereits knapp 4,9 Millionen. Außerdem: Die Zahl derjenigen, die ins Beitragssystem einzahlen, wird sinken, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Gleichzeitig steigen die Kosten für Pflegekräfte und Leistungsangebote. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ein Gebot der Zeit.

Die Ampel hat es bisher allerdings nicht geschafft, nachhaltige Lösungsvorschläge vorzulegen. Ganz im Gegenteil: Geringfügige Leistungserhöhungen werden mit Beitragssteigerungen erkaufte. Schwer wiegt zudem, dass Gesundheitsminister Karl Lauterbach die Zahlungen an den Pflegevorsorgefonds gestoppt hat. Der Fonds wird damit praktisch ausgetrocknet. Künftigen Generationen werden Finanzreserven vorenthalten, die sie dringend benötigen werden.

In der restlichen Wahlperiode ist von der Ampel auch nicht mehr viel zu erwarten, zu unterschiedlich sind die Vorstellungen der Koalitionspartner. So wird wohl die geplante dauerhafte Absenkung von Eigenanteilen bei der



Tino Sorge
Gesundheitspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Finanzierung eines Pflegeplatzes auf der Strecke bleiben. Und eine Dynamisierung des Pflegegeldes, also die Anpassung an die Inflation, hat auch keine Chance mehr auf Umsetzung. Für die Pflegeversicherung waren die Jahre der Ampel somit verlorene Jahre.

Und wir? Was haben wir vor? Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar, dass die Pflegeversicherung die Menschen im Fall der Pflegebedürftigkeit auch künftig solide absichern muss. Dieses Versprechen gilt. Was das konkret heißt, hat die Unionsfraktion in ihrem Positionspapier „Die Pflege zukunftsfest machen“ vom Oktober 2023 klar und deutlich beschrieben.

»Die Pflegekräfte brauchen verbesserte Arbeitsbedingungen«

So halten wir am bestehenden Teilleistungssystem fest. Eine Vollversicherung, wie sie in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, ist in der Pflege schlichtweg nicht realistisch. Das bedeutet: Neben der gesetzlichen Versicherung brauchen wir eine betriebliche Mitfinanzierung plus eigenverantwortliche Vorsorge, wenn die Pflege auf solide Füße gestellt werden soll.

Damit ist es aber nicht getan: Die Menschen, die sich tagtäglich in den Pflegeberufen engagieren, brauchen verbesserte Arbeitsbedingungen. Nur wenn der Beruf attraktiv ist, können wir den ständig wachsenden Fachkräftebedarf in der Pflege abdecken. Und natürlich wird das System nicht funktionieren ohne die pflegenden Angehörigen.

Dieser „größte Pflegedienst der Nation“ benötigt ebenfalls Unterstützung und Entlastung, um seine Aufgaben meistern zu können.

Strukturelle Reformen sind aus unserer Sicht nötig und möglich. Sogenannte versicherungsfremde Leistungen, etwa Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, sind systemwidrig und müssen ausgelagert werden. So könnten wir die Pflegeversicherung entlasten.

Gute Vorschläge im Einzelnen gibt es. Aber wir sind auch abhängig von der Gesamtsituation. Denn Grundlage für eine solide Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung ist eine gesunde Wirtschaft. Es gilt auch hier wieder ein Satz von Norbert Blüm: „Sozialleistungen sind keine himmlischen Geschenke, sondern müssen hart erarbeitet werden.“

Nur eine gute Konjunktur schafft eine stabile finanzielle Basis für die Sozialversicherung. Nur sie schafft den nötigen Spielraum für betriebliche und private Vorsorgemöglichkeiten. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben über Jahre für Wirtschaftswachstum gesorgt und dadurch notwendige Reformen in der Pflege möglich gemacht. Davon ist die aktuelle Bundesregierung weit entfernt. Für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen hat dies weitreichende Auswirkungen.

Die Union hat also nicht nur das Urheberrecht an der Pflegeversicherung, sondern auch die Verantwortung und Verpflichtung, sie weiterzuentwickeln, damit auch kommende Generationen von ihr profitieren. Denn – zurück zu Blüm – wenn nicht wir die „anständigen Antworten“ auf das Thema Pflege geben, wer täte es sonst?



Das Ampelmännchen am Tropic

Union fordert Wirtschaftswende gegen Wachstumskrise

Das Ampelmännchen am Tropic: So sieht der „Economist“ die deutsche Wirtschaft. Die Konjunktur lahmt, die Produktion schrumpft, Unternehmen wandern ab – es droht eine schleichende Deindustrialisierung. In dieser Situation bräuchte es eine Regierung, die anpackt. Doch die Ampel-Partner können sich auf Gegenmaßnahmen nicht einigen. Die CDU/CSU-Fraktion hingegen ruft zu einer veritablen „Wirtschaftswende“ auf.

Schon einmal hat das britische Magazin „The Economist“ Deutschland „zum kranken Mann Europas“ erklärt: Das war kurz nach der Jahrtausendwende. Damals riss die rot-grüne Regierung mit der Agenda 2010 das Ruder herum und setzte auf Liberalisierung. Jetzt wäre es wieder an der Zeit für eine solche Wende. Bereits mehrfach seit Beginn des Jahres drängte die Unionsfraktion die Regierung zum Handeln – mit einem Brief an Kanzler Olaf Scholz, mit Anträgen im Bundestag. Doch das Notwendige geschieht nicht.

Im Gegenteil: Der Kanzler verbreitet billigen Zweckoptimismus und erklärt, seine Regierung hätte nach Energiekrise und Inflationsschub den „Turnaround“ bereits

Kanzler verbreitet Zweckoptimismus

geschafft. Damit reagierte er auf Kritik von Seiten des BDI, der im Wirtschaftsgebaren der Ampel „zwei verlorene Jahre“ sieht. Man möge den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht schwach reden, mahnte Scholz. Aber schwach präsentiert sich der Wirtschaftsstandort ohne Frage. Das belegen auch die Konjunkturbarometer.

So erwartet die Regierung für das laufende Jahr nur ein Wachstum von 0,3 Prozent. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) trauen Deutschland 0,2 Prozent zu, die EU sogar nur 0,1 Prozent. Im Gegensatz dazu wächst die Weltwirtschaft voraussichtlich um 3,2 Prozent. Für die Industrieländer liegt die Prognose bei 1,7 Prozent. Unter den G7-Staaten ist Deutschland das Schlusslicht.

Wie man aus dieser Position herauskommt, darüber streiten die Ampel-Partner, vor allem Bundesfinanzminister Christian Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck. Großspurig kündigen sie ein „Dynamisierungspaket“ an, doch es bleibt eine Worthülse.

Angesichts dessen spricht der stellvertretende Frak-

tionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Jens Spahn, von einem Offenbarungseid der Regierung. „Mit diesem Dauerstreit haben Sie Deutschland zu einem unsicheren Investitionsland gemacht“, wirft er der Ampel vor. Die wirtschaftspolitische Sprecherin Julia Klöckner sagt: „Der ewige Ampel-Streit in der Wirtschaftspolitik schafft Unsicherheit und schadet dem Wirtschaftsstandort. Es braucht Entscheidungen.“

Um auf einen Wachstumspfad zurückzukommen, fordert Spahn in einem Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche“ eine „pragmatische Agenda 2030 mit weniger Steuern und Abgaben, einer neuen Grundsicherung, weniger Bürokratie, technologieoffener Energiepolitik und einem Pakt für Leistung“. Klöckner betont, die Unternehmen bräuchten

gute Rahmenbedingungen statt bürokratischer und teurer Subventionsprogramme.

In ihrem Leitartikel für eine „Wirtschaftswende jetzt“ fordert die Unionsfraktion ein Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft, das zwölf Punkte umfasst: von einer Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns über ein Moratorium für Regeln und Vorschriften bis zu Sanktionen für Bürgergeldempfänger, die die Aufnahme einer Arbeit verweigern. Steuern auf einbehaltene Gewinne bei Unternehmen sollen auf 25 Prozent gesenkt werden. Die kalte Progression in der Einkommenssteuer soll ausgeglichen werden, damit Arbeitnehmern mehr Netto vom Brutto bleibt. Nicht zuletzt will die Union Mehrarbeit belohnen.

Gute Rahmenbedingungen statt teurer Subventionen

Deutschland ist ein attraktives Reiseland

Anja Karliczek über Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Frau Karliczek, hat sich der Tourismus inzwischen erholt?

Karliczek: Ich freue mich, dass wir die schweren Corona-Jahre hinter uns gelassen haben. Sowohl die Buchungen bei ausländischen Besuchern als auch der innerdeutsche Reisemarkt haben sich gut entwickelt. Das hilft der Branche mit ihren über drei Millionen Beschäftigten zu gesunden. Tourismus ist ein großer Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

Auf den zweiten Blick ist die Lage nicht so positiv. Nehmen Sie nur das Beispiel Luftverkehr. Hier liegen die deutschen Flughäfen deutlich hinter der ausländischen Konkurrenz, die seit einem Jahr fast flächendeckend das Vor-Corona-Niveau übertrifft. Ich spreche mich dafür aus, die Steuern und Abgaben für den deutschen Luftverkehr so weit zu senken, dass unsere Flughäfen wettbewerbsfähig bleiben.

Auch die Umsätze in der Gastronomie liegen noch 14 Prozent unter denen von 2019. Ein Grund dafür ist auch, dass seit 1. Januar wieder die 19 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen in Gaststätten anfallen. Angesichts steigender Kosten für Lebensmittel, Personal und Energie geraten viele Restaurants oder Kantinen unter weiteren Kostendruck. Viele trauen sich nicht, die steigenden Kosten auf die Preise umzulegen. Gerade brechen uns tausende Betriebe weg. Und wenn das letzte Gasthaus schließt, wird es still im Dorf.

Was tun, um mehr Gäste nach Deutschland zu locken?

Karliczek: Tourismusexperten sagen, dass heute die Entscheidung darüber fällt, wer auf dem umkämpften Weltmarkt die Nase vorn hat. Deswegen kritisiere ich, dass die Ampel-Regierung die Mittel für die Deutsche Zentrale für Tourismus deutlich kürzt. Wir müssen zum Beispiel für die aufstrebenden Mittelschichten in Indien oder Mexiko als Reiseland attraktiv bleiben.

Auch unsere Infrastruktur – etwa im Bereich Verkehr – muss für die Gäste aus aller Welt attraktiver werden. Damit die Besucher entspannt und ohne lange Wartezeiten von A nach B kommen, müssen wir digitaler werden. So können wir einerseits den Service für die Gäste verbessern, andererseits auch die Akzeptanz der Menschen bewahren, die in Tourismus-Hotspots leben.

Wie kann man sportliche Großereignisse für den Tourismus nutzen?

Karliczek: Wir alle haben noch das Sommermärchen 2006 im Kopf, als sich Deutschland zur Fußball-WM als weltoffenes und herzliches Land präsentierte. Oder auch die Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Stuttgart 1993, die vielen als die beste aller Zeiten gilt. Diese Großveranstaltungen haben das Image Deutschlands positiv geprägt. Aber nicht nur sportliche Großveranstaltungen haben solche Effekte: Mit 335.000 Besuchern erreichte die Caspar-David-Friedrich-Ausstellung die höchste jemals erzielte Besucherzahl in der Geschichte der Hamburger Kunsthalle. Unsere Fraktion wird mit zahlreichen Veranstaltungen diesen Prozess begleiten, um hier die Chancen und Perspektiven für das Reiseland Deutschland zu verbessern.



Anja Karliczek
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jahr der Jubiläen

75 Jahre Bundestag – 75 Jahre CDU/CSU-Fraktion

Respekt vor den Abgeordneten: Adenauer sah Fraktion als "Fegefeuer"



© BArch, B 145 Bild-P007657 / Georg Munker

Von Konrad Adenauer ist der Satz überliefert: „Für mich ist das Fegefeuer, wenn ich in die Fraktion muss.“ Mag sein, dass in dem Ausspruch eine Portion Ironie steckt. Doch hat er auch einen ernsten Kern. Denn er verweist auf das Selbstbewusstsein der Abgeordneten in der noch jungen Republik, auf ihren Gestaltungswillen und Machtanspruch. Ohne die Abgeordneten, ohne die Fraktion läuft in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands nichts. Am 1. September wird die CDU/CSU-Fraktion 75 Jahre alt.

Vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, damals noch unter der Aufsicht der Alliierten, startete die Bundesrepublik Deutschland in den drei westlichen Besatzungszonen als Provisorium. Der Parlamentarische Rat gab ihr im Mai 1949 ein vorläufiges „Grundgesetz“ – anstelle einer dauerhaften Verfassung. Am 14. August 1949 fanden die ersten freien Wahlen seit Hitlers Machtergreifung 1933 statt. Aus diesen Wahlen, in denen CDU und CSU 31 Prozent der Stimmen erzielten, ging der erste Bundestag hervor.

Die frisch gewählten Abgeordneten von CDU und CSU kamen erstmals am 1. September 1949 im Haus des

Bonner Bürgerversammlungen zusammen. Unter dem Vorsitz von Adenauer beschlossen sie, eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden. Am 7. September folgte die Konstituierung des Bundestages in der Turnhalle der Pädagogischen Hochschule in Bonn, die kurzerhand zu einem Plenarsaal umfunktioniert worden war.

Auf den Tag genau 75 Jahre nach ihrer Gründung kehrt die Fraktion zu ihren Wurzeln zurück: In der alten Hauptstadt wird sie ihr Jubiläum begehen – unter anderem mit einer Abendveranstaltung im Bonner World Conference Center. Um das Ereignis herum rankt sich ein kulturelles Rahmenprogramm mit Rundgängen durch das ehemalige Regierungsviertel und einer Besichtigung der Villa Hammerschmidt, dem ehemaligen Amtssitz des Bundespräsidenten. Beim eigentlichen Festakt im Neuen Plenarsaal werden Fraktionschef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprechen.

Gemeinsam mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft will die Fraktion zurückblicken auf ereignisreiche Jahrzehnte ihrer Geschichte – von der Aussöhnung mit Frankreich und dem Zusammenschluss Euro-

pas über den Beitritt zur NATO bis zur Wiedervereinigung und der Einführung des Euro. Ansprechen will sie aber auch die Herausforderungen der Zukunft, die sich unter anderem aus der Verschiebung der internationalen Ordnung, dem Klimawandel oder der Migration ergeben. Gleichzeitig beteiligt

Union hat fünf Kanzler hervorgebracht

sich die CDU/CSU-Fraktion an den einwöchigen Feierlichkeiten des Bundestages zum 75-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland.

In den 75 Jahren ihres Bestehens war die CDU/CSU-Fraktion insgesamt 52 Jahre Teil einer Regierungskoalition, in verschiedenen Konstellationen – meist mit der FDP oder der SPD. Sie brachte fünf Kanzler hervor: neben Konrad Adenauer, der 14 Jahre regierte, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Helmut Kohl und Angela Merkel. Die letzten beiden blieben je 16 Jahre in Regierungsverantwortung.

Aber auch die Reihe namhafter Fraktionsvorsitzenden ist lang – von besagtem Konrad Adenauer, der nach nur 19 Tagen den Fraktionsvorsitz abgab, um sich als Kanzler den Regierungsgeschäften zu widmen, über Rainer Barzel, Helmut Kohl und Alfred Dregger bis zu Wolfgang Schäuble, Angela Merkel, Volker Kauder und Ralph Brinkhaus – um nur einige herauszugreifen. Der jetzige Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz hat das Amt bereits zum zweiten Mal inne.

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, so viel sei noch erwähnt, ist ein parlamentarisches Unikat, besteht sie doch aus einer Fraktionsgemeinschaft zwischen der CSU, die nur in Bayern zur Bundestagswahl antritt, und der CDU, die in allen übrigen 15 Bundesländern auf den Wahlzetteln steht. Beide Parteien vertreten die gleichen politischen Ziele, machen sich aber untereinander keine Konkurrenz. Der CSU-Landesgruppenchef ist gleichzeitig erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden.



© BArch, B 145 Bild-P007657 / Georg Munker

Von Bonn nach Berlin: Eine Hauptstadt zieht um

25 Jahre Bundestag im Reichstag – Schäubles Plädoyer gab den Ausschlag

Im Jahre 2024 begeht nicht nur der Bundestag ein großes Jubiläum, auch Berlin hat Bedeutendes zu feiern. Denn vor genau 25 Jahren wurde der Sitz von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin verlegt. Maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung zum Umzug in die neue Hauptstadt hatte der Bundesinnenminister und CDU-Abgeordnete Wolfgang Schäuble. In der Mammutdebatte des Bundestages am 20. Juni 1991 gab seine kämpferische Rede den Ausschlag. „Stimmen Sie mit mir für Berlin!“, hatte er die Abgeordneten aufgefordert. Mit Erfolg.

Bonn war von Anfang an als Platzhalter für Berlin gedacht. Die Bundestagsabgeordneten hatten die Universitätsstadt am Rhein, von Kanzler Konrad Adenauer bevorzugt, am 3. November 1949 zur Hauptstadt gekürt – mit knapper Mehrheit vor Frankfurt am Main. Bonn sollte aber nur Hauptstadt bleiben bis zur Wiedervereinigung, von der damals keiner ahnen konnte, dass sie erst 40 Jahre später Wirklichkeit werden würde.

Im Laufe der Zeit festigte Bonn jedoch seine Stellung, vor allem nach dem Bau der Mauer 1961. Insofern war die Entscheidung zum Umzug nach der Wiedervereinigung kein Selbstläufer gewesen. In der zwölfstündigen Debatte am 20. Juni 1991 plädierten viele Parlamentarier für den Verbleib in Bonn, der Stadt, die als Symbol des Neuanfangs nach dem Nationalsozialismus stand. Ihnen ging es aber auch um Arbeitsplätze, Umzugs- und Reisekosten. Schäuble hingegen sah in Berlin „das Symbol für Einheit und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für das ganze Deutschland“. Am Ende entschied eine Mehrheit von 18 Abgeordneten für Berlin.

Das Bonn-Berlin-Gesetz schließlich regelte eine „faire Arbeitsteilung“ zwischen der neuen Hauptstadt Berlin und der umfunktionierten „Bundesstadt“ Bonn. Noch heute haben sechs von 14 Ministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn: die Ressorts für Bildung und Forschung, für Gesundheit, für Ernährung und Landwirtschaft, für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, für Verteidigung sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die übrigen Ministerien befinden sich mit Hauptsitz in Berlin. Sie haben gleichzeitig einen zweiten Sitz in Bonn. Einen Ausgleich erhielt die Region Bonn auch dadurch, dass Einrichtungen des Bundes dorthin verlagert wurden. Offiziell nahm der Bundestag am 1. September 1999 im Berliner Reichstag seine Arbeit auf.

Was wir lesen...

Bücher lassen uns den Alltag vergessen. In den Stunden, in denen wir lesen, tauchen wir ein in eine andere Welt – eine fremde, eine märchenhafte, eine inspirierende. Begeisterte Leser sind fast immer auf der Suche nach einem guten Tipp, nach einem Buch, das fasziniert, das sie verführt, alles andere stehen und liegen zu lassen. Vier Abgeordnete empfehlen uns ihre Lektüre:

Catarina dos Santos-Wintz
aus Eschweiler

Italien - Mehr als Dolce Vita

Wenn wir an Italien denken, denken wir an Dolce Vita und grandiosen Kaffee. Aber dass das Land noch viel mehr zu bieten hat, zeigt Tim Parks in seinem Roman "Italien in vollen Zügen". Parks, ein erfahrener Reiseschriftsteller, der seit langem in Italien lebt, entführt uns auf eine unvergessliche Zugreise durch die verschiedenen Regionen des Landes. Gleichzeitig lässt er uns Leser tiefer in die Kultur und Geschichte Italiens eintauchen. Er zeigt uns, wie der Ausbau der italienischen Bahn die Einigung des Staates vorangetrieben und so auch die italienische Mentalität beeinflusst hat.

Auf diese Weise erzählt Parks mehr als nur von Zugreisen, er reflektiert die italienische Geschichte, beschreibt soziale Strukturen und erläutert politische Veränderungen. Ich kann das Buch allen empfehlen, die unser europäisches Partnerland aus einer neuen und überraschenden Perspektive kennenlernen und verstehen möchten. Und so weckt das Buch mein Fernweh nach Italien und meine Sehnsucht nach einem echten italienischen Espresso.

© CDU/CSU-Bundesfraktion / Michael Wittig

Parks, Tim, Italien in vollen Zügen, Antje-Kunstmann-Verlag

Sepp Müller
aus Gräfenhainichen

Rettet das Kulturgut Buch!

„The Cat Who Saved Books“ ist ein Buch, das mich von Anfang an gefesselt hat. Bei einer Reise ist es mir in einem Buchladen in Erfurt in die Hände gefallen. Ich greife in letzter Zeit regelmäßig auf englischsprachige Literatur zurück – mit dem Ziel, meinen Wortschatz stetig zu erweitern. Anfangs war meine Lieblingsbuchreihe die über Harry Potter. Momentan hat es mir die Story über eine Katze angetan, die sich um das Kulturgut Buch kümmert.

Erzählt wird die herzergreifende Geschichte eines jungen Mannes, der den Buchladen seines Großvaters erbt, aber Mühe hat, ihn zu erhalten. Überraschend taucht eine sprechende Katze auf, die den jungen Mann begleitet auf dem Weg zur Rettung mehrerer Bücher.

Mit seiner bildhaften Sprache schafft der japanische Autor es, den Leser tief in den Bann der magischen Geschichte zu ziehen.

Im Verlauf der Handlung wird deutlich, dass Bücher eine große Quelle für unsere Emotionen sind. Mir ist bei der Lektüre klar geworden, dass Bücher nicht nur eine Geschichten erzählen, sondern dass sich der Leser mit seiner eigenen Lebensgeschichte in ihnen spiegeln kann. Ich danke dem Autor Sosuke Natsukawa für dieses motivierende Buch. Ich möchte es jedem empfehlen, der etwas zum Schmunzeln, Nachdenken sowie Entspannen sucht.

Natsukawa, Sosuke, The Cat Who Saved Books, Picador-Verlag

Maria-Lena Weiss
aus Mühlheim an der Donau

Schäubles Erinnerungen – Begegnung mit sich selbst

Unmittelbar vor seinem Tod hat Wolfgang Schäuble die Bilanz seines politischen Lebens schriftlich niedergelegt.

Seine „Erinnerungen“ sind nicht nur ein bewegendes Zeugnis der deutschen Geschichte, die er über 50 Jahre mitgeprägt hat, sondern sie erlauben uns auch, einen Blick hinter die Kulissen des Politikbetriebs zu werfen.

Während ich die mehr als 600 Seiten seines stolzen Werks lese, erinnere mich mit Dankbarkeit an Wolfgang Schäuble, dem ich im CDU-Bezirksverband Südbaden verbunden war, seit ich meine ersten politischen Schritte gemacht habe. Er bleibt mir als Politiker im Gedächtnis, der immer den Kontakt zu jungen Menschen gesucht und sie in ihrer Entscheidung bestärkt hat, sich politisch zu engagieren.

In Schäubles Autobiografie finden wir nicht nur das politische Vermächtnis eines Ausnahmepolitikers, sondern vielmehr Erkenntnisse von zeitloser Aktualität. Und so ist seine Autobiografie nicht nur eine „Begegnung mit mir selbst“, wie Wolfgang Schäuble formuliert. Nein, in diesen Zeilen lebt er buchstäblich weiter. Wer wie ich ein Fan von Schäubles feinem Humor ist, wird auch diesen zwischen den Zeilen entdecken und genießen.

Schäuble, Wolfgang, Erinnerungen: Mein Leben in der Politik, Klett-Cotta

Markus Uhl
aus Homburg (Saarland)

Ein Krimi, der Urlaubsgefühle weckt

Martin Walkers Krimi "Bruno, Chef de police" spielt in der fiktiven Gemeinde Saint-Denis im französischen Département Périgord. Es ist der erste Band einer mittlerweile 16-teiligen Krimiserie über Benoit Courrèges, genannt Bruno, Chef der Polizei von Saint-Denis. Der sympathische und empathische Courrèges liebt die französische Küche und Lebensart. Er ist Sporttrainer und der begehrteste Junggeselle im Ort.

Eines Tages wird er zu einem Mord in dem

beschaulichen Dorf gerufen. Zwar schalten sich die nationalen Behörden ein, doch Bruno ermittelt auf eigene Faust weiter und nutzt alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel für die zügige Aufklärung. Dabei kommt ihm seine enge Vernetzung in der kleinen Gemeinde zugute.

Dieser Krimi besticht dadurch, dass er auch einen Blick auf die Geschichte und die Kultur des Périgord, die regionale Cuisine und ihre Weine vermittelt. Nicht zuletzt deshalb weckt er Urlaubsgefühle in mir. Alles in allem: lesenswerte und kurzweilige Unterhaltung, die ich als großer Frankreich-Fan nur weiterempfehlen kann.

Walker, Martin, Bruno, Chef de police, Diogenes-Verlag



© CDU/CSU-Bundesfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundesfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundesfraktion / Michael Wittig



© CDU/CSU-Bundesfraktion / Michael Wittig

Die Fraktion in Bildern

Der Parlamentsalltag ist oft bestimmt von der kleinteiligen politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Was die CDU/CSU-Fraktion darüber hinaus bewegt hat, sehen Sie hier:

Innovationskongress: Gute Bedingungen für Startups schaffen

Menschen mit Mut zu neuen Ideen machen Deutschland zukunftsfähig: Von diesem Gedanken geleitet, veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 16. Mai 2024 einen Innovationskongress, bei dem es darum ging, wie kreative Geschäftsideen im harten internationalen Wettbewerb bestehen können.

„Wir brauchen neues Denken, neue Methoden und neue Ansätze“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön (Foto). Als Stichworte nannte sie unter anderem eine gute Grundlagenforschung und verlässliche Finanzierung, mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Bundeswehr: Die Zeitenwende endlich in die Tat umsetzen

Angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz eine Zeitenwende gefordert, die den Namen verdient. Dem Wort müssten Taten folgen, sagte er auf dem Bundeswehr-Kongress der CDU/CSU-Fraktion am 11. April 2024 in Berlin. „Wir haben keine Zeit zu verlieren“, fügte er hinzu. Politiker und Experten diskutierten darüber, was sich in der Bundeswehr verändern muss und wie das Personalproblem gelöst werden kann. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner (2.v.l.), warb dafür, die Bundeswehr für junge Menschen attraktiver zu machen.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Filmwirtschaft: Deutschland muss wettbewerbsfähiger werden

Anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises am 3. Mai 2024 diskutierte die CDU/CSU-Fraktion in Berlin mit knapp 200 Gästen über die Zukunft der Branche. Der Präsident der Deutschen Filmakademie, Florian Gallenberger (2.v.l.), betonte: „Wenn wir in den deutschen Film investieren, investieren wir in das, was die Welt von uns denkt.“ Christiane Schenderlein, die kulturpolitische Sprecherin, hob hervor, wie sehr der Fraktion die Filmwirtschaft am Herzen liege. Auch Fraktionsvize Dorothee Bär betonte, wie wichtig der Austausch mit den Filmschaffenden sei. Fraktionschef Friedrich Merz bekräftigte, dass der Filmstandort Deutschland international wettbewerbsfähiger werden müsse.



© Tobias Koch

Girls' Day 2024: „Frauen sind spitze – auch in der Spitzentechnologie“

Am 25. April, dem Girls' Day, öffnete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Türen für zahlreiche junge Mädchen aus ganz Deutschland. Der Tag war gefüllt mit Workshops und Vorträgen, geleitet von führenden Frauen der Hightech-Branche. Die Teilnehmerinnen bekamen einen tiefen Einblick in die Herausforderungen und Chancen, die sich Frauen in technischen Berufen und in der Politik bieten. Zu den Höhepunkten gehörten Diskussionen und persönliche Gespräche mit Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die ihre Erfahrungen teilten.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig



© Axel Griefsch



Norbert Röttgen
@n_roettgen



Die Sicherheit in Europa ist bedroht wie lange nicht mehr. Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen & Wissenschaftlern wird die Fraktions-Enquete der @cdusubt die Lage analysieren & Antworten formulieren. Wir müssen unsere Freiheit schützen & den Krieg wieder aus Europa vertreiben!

Norbert Röttgen
Vorsitzender der Enquete-Kommission
"Frieden und Sicherheit in Europa"
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Fraktion im Internet und in den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 [www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Die Veranstaltungen der Fraktion:
www.cducusu.de/veranstaltungen

 www.youtube.com/cducusu

 www.instagram.com/cducusubt

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 [https://www.linkedin.com/company/
cducusu-im-deutschen-bundestag](https://www.linkedin.com/company/cducusu-im-deutschen-bundestag)

 <https://www.tiktok.com/@cducusu>

 <https://twitter.com/cducusubt>

»Fraktion direkt – Der Newsletter«

»Fraktion direkt – Der Newsletter« erscheint in elektronischer Form nach jeder Sitzungswoche freitagnachmittags. Den Newsletter können Sie abonnieren unter: www.cducusu.de/newsletter

Impressum

Herausgeber:
Thorsten Frei MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

vi.S.d.P. Hero Warrings

Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
pressestelle@cducusu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag